



Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonntagen und Feiertagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei voller Zahlung im Voraus für 1919 2,50 M., bei halbjährlicher Zahlung ohne Postgebühren monatlich 1,25 M., bei Zahlung unter Streifenband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern des Postzeitungsverzeichnisses für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Postamt Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern des Postzeitungsverzeichnisses für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonntag, den 16. Februar 1919

Nummer 84

Wir klagen an!

Heute vor einem Monat sind Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet worden. Der Mord ist noch heute ungeklärt. Die Mörder erfreuen sich vollster Freiheit. Das Gericht, das ihre Namen kennt, bedroht nicht ihre Sicherheit. Gegen den Willen, gegen den Widerstand des Gerichtsherrn ist der Tatbestand aufgedeckt worden. Die weitere Verfolgung der aufgedeckten Fäden wird verhindert. Die eigentlichen Anführer und Leiter des Mordes sollen nicht gefunden werden. Und diese ganze Täuschung wird gedeckt durch die Autorität der Regierung der deutschen Republik, die „in ein höchstes Verfahren“ nicht eingreifen will und wie Pontius Pilatus ihre Hände in Unschuld wäscht.

Sie ist ein schändlicherer Vorgang in einem Kulturlande zu verzeichnen gewesen. Würden nicht die dokumentarischen Beweise für alle diese Anschuldigungen vorliegen — man würde sich trotz aller bitteren Erfahrungen scheuen, sie selbst gegen die Soldateska Roskes und die sie schützende Regierung zu erheben.

Doch die schlüssigen Beweise liegen heute vor. Sie sind erbracht dank dem unermüdbaren Eifer unserer Genossen, die sich an der Untersuchung beteiligten. Das Gericht der Division, deren Angehörige den Mord vollbrachten, hat die Untersuchung sabotiert. Wenn heute der Tatbestand festgestellt ist, so ist das nicht dank, sondern trotz dem Gericht geschehen.

Die Mitglieder des Vollzugsrats und des Zentralrats, die an der Untersuchung teilnahmen, sind mit dem heutigen Tage aus der Kommission ausgeschieden. Sie können mit Benützung der Tatsache verzeichnen, daß es dank ihren Bemühungen und den Bemühungen zahlloser Helfer aus allen Bevölkerungsschichten gelungen ist, wenigstens einen Teil der Wahrheit aufzudecken. Jetzt jedoch ist ihre weitere Mitarbeit in der Kommission nicht nur zwecklos, sondern auch verwirrend. Möge das Gericht der Mörderdivision die Mörder klühen. Die Vertreter des Proletariats verlassen diese Dunkelkammer und unterbreiten das gesamte Material über den Mordmord dem Urteil des Volkes, dem Urteil der ganzen Welt.

Dieses Material erhebt lauteste Anklage gegen die heutigen Herrscher, die ein System klühen, in dem brutale Gewalt und raffinierte Grausamkeit, den neuerwachten Militarismus der gegenrevolutionären Klassen, tief unter das Niveau des königlich preussischen Militarismus herabdrücken.

Für die Regierung der Weimarer Herren ist dieser neue Militarismus ein Pflänzchen-ruhr-mich-nicht-an. Sie duldet ebenso den Mordmord wie die Mordmörder, denen sie verbunden ist. Und sie behütet sorgsam die Dunkelkammern der Militärgerichtsbarkeit, um nur ja nicht Anstoß zu erregen bei den Herren, denen sie ihre Existenz verdankt.

Um so mehr erwächst für alle Klassenbewußten Arbeiter, für alle ehrlichen, aufrechten Menschen die Verpflichtung, Front zu machen gegen dieses Schandregiment, aufzuräumen mit Zuständen, die den Namen des deutschen Volkes vor der ganzen Welt lächerlich und für immer entehren.

Möge der nachstehende Aufruf unserer Genossen als mächtiger Antrieb dienen in diesem Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit!

An alle Proletarier und Sozialisten!

An alle gerecht denkenden Menschen der Welt!

An die deutsche Reichsregierung!

Wir unterzeichneten Mitglieder des Vollzugsrates Groß-Berlins und des Zentralrates der deutschen Republik erhielten am 17. bzw. 16. 1. 19 den Aufruf, den Untersuchungsbehandlungen in Sachen „Liebknecht-Luxemburg“ beizutreten. Wir forderten die sofortige Einsetzung einer, mit den Rechten eines Untersuchungsrichters ausgestatteten, Sonderkommission, um die Mordtaten an den Genossen Dr. Karl Liebknecht und die Genossin Frau Dr. Rosa Luxemburg, den Vorkämpfern des revolutionären Proletariats, aufzuklären. Diese unsere sofort und wiederholt gestellte Forderung wurde abgelehnt. Wir leben uns daher genötigt, an die öffentliche Meinung zu appellieren.

Wir fordern ferner die Aburteilung der Mörder und ihrer Anstifter durch ein ordentliches Zivilgericht.

Wir lehnen es in aller Öffentlichkeit ab, weiter an den Untersuchungsbehandlungen teilzunehmen, weil

1. dieser unserer Forderung seitens der Regierung der deutschen Republik nicht zugestimmt wurde,
2. auf wiederholte mündliche und schriftliche Anträge, die uns durch Zeugenausagen bekannten Anstifter, Täter und Beihilfer nicht in Haft gesetzt werden,
3. es hierdurch einigen der Beschuldigten möglich war, flüchtig zu werden, und
4. eine Verdunkelungsgefahr vorliegt, dadurch, daß es den sich noch in Freiheit Befindlichen möglich ist, sich untereinander zu verständigen.

Wir lehnen es vor dem Proletariat der Welt ab, teilzunehmen an einem Gerichtsverfahren, das es ermöglicht, die Spuren der Tat zu verwischen und die Mörder den Armen der Gerechtigkeit zu entziehen.

Im weiteren geben wir eine Begründung für diesen unseren Schritt an die Öffentlichkeit.

Die Untersuchung wird geführt vom Gericht der Garde-Kavallerie- (Schützen-) Division, Vorsitzender ist General von Hofmann, der Divisions-Kommandeur. Verhandlungsleiter ist Herr Kriegsgerichtsrat Jorns, Verhandlungsort das Edenhotel, Berlin.

Im Falle „Luxemburg“ ist Anklage erhoben:

1. wegen Tötung der Frau Dr. Luxemburg gegen Täter Unbekannt,
2. gegen Oberleutnant Vogel nach § 143/144 des Militär-Strafgesetzbuches (Tulbung strafbarer Handlungen).

Unserer Zulassung wurden Schwierigkeiten gemacht. Unsere Anwesenheit ist von der Zustimmung der Beschuldigten abhängig.

Wir stellten den Antrag, Zeugen und Beschuldigte einander gegenüberzustellen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Ein von uns, am 23. 1. 1919, gestellter Antrag auf Zulassung eines Rechtsbeistandes der Familie Luxemburg ist bis heute nicht entschieden.

Auf unseren Antrag, eine Sonderkommission einzusetzen, erhielten wir am 25. 1. 1919 folgendes Schreiben von der Reichsregierung:

Die Reichsregierung. Berlin, den 25. Januar 1919. Nr. 1505.

Ihr Antrag vom 22. 1. 1919 hat die Reichsregierung beschloß. Sie hat wiederholt beschloß, von der Einsetzung einer Sonderkommission, zur Untersuchung der Fälle Liebknecht-Luxemburg, abzusehen. Es besteht ein starkes öffentliches Interesse daran, daß ungehindert im gerichtlichen Verfahren die Frage untersucht wird, ob der Tod von Liebknecht und Frau Luxemburg auf eine strafbare Handlung zurückzuführen ist, beziehungsweise, wenn eine solche zur Last fällt. Eine Sonderkommission dürfte daher das ordentliche Gericht in diesem Ausnahmefalle, sondern vielmehr nur neben dem ordentlichen Gericht in Wirklichkeit treten. Dann würde aber die Tätigkeit des Gerichts, und diejenige der Kommission kollidieren, und hat der angeordneten Aufklärung damit die größte Verwirrung herbeigeführt werden. Der Weg, den wir betreten haben, trägt unseres Erachtens dem Recht und allen berechtigten Wünschen Rechnung. Da an der Zuständigkeit, des nach der Militärstrafgerichtsordnung beruhenden Gerichts, nichts geändert wird, wird niemand seinem geschlichen Richter entzogen, und dem Wunsch nach weitestgehender Kontrolle der Ermittlungsverfahren ist durch die Zulassung von Vertretern des Vollzugsrates Rechnung getragen.

Die Reichsregierung hat den vordaher erklärt, daß sie gegen die Teilnahme eines rechtskundigen Vertreters der Familie Liebknecht an der Untersuchung nichts einzusetzen habe, und es hat dann auch Herr Casse, soviel wir wissen, einigen Untersuchungsbehandlungen beigewohnt. Jetzt hat sich Herr Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld als Vertreter der Familie Liebknecht bei uns gemeldet. Sie wünschen, daß wir an den Gerichtsverfahren das Gesuch richten, als Vertreter der Familie Liebknecht Dr. Karl Rosenfeld und als Vertreter der Familie Luxemburg Herrn

Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg, zu den Untersuchungsbehandlungen zuzulassen. Das Ersuchen um Zulassung des Herrn Dr. Rosenfeld haben wir abgelehnt und der Herr Kriegsminister hat es mit unterschrieben.

Von Herrn Rechtsanwalt Dr. Weinberg ist uns bisher eine Anzeige, daß er zur Wahrung der Interessen der Familie Luxemburg befugt ist, nicht zugegangen. Nach Eingang seiner Mitteilung werden wir auch um seine Zulassung bitten. gez. Ebert. gez. Landsberg.

Entsprechend diesem Schreiben hat die Reichsregierung dem Gericht tatsächlich nur die „Bitte“ um Zulassung ausgesprochen.

Am 4. Februar 1919 beantragten wir in folgendem Schreiben an das Gericht die Verhaftung der Beschuldigten: 4. Februar 1919.

An das Gericht der Garde-Kavallerie- (Schützen-) Division, a. O. v. Herrn Kriegsgerichtsrat Jorns, Berlin, Edenhotel.

Unterschrifts beantragen als Vertreter des Zentralrates und des Vollzugsrates die sofortige Verhaftung der Untersuchungsgefangenen in Sachen der Ermordung der Frau Dr. Luxemburg gegenüber folgender Personen:

1. des Jägers Runge,
2. des Jägers Dräger,
3. des Chauffeurs Wittinger,
4. des Sergeanten Probst,
5. des Oberstabs. Vogel,
6. des Chauffeurs Granow,
7. des Beifahrers Hall,
8. des Hauptmanns Peitz.

Die Genannten zu 1—4 haben miteinander die Ermordung der Frau Dr. Luxemburg verabredet. Dies geht aus der Aussage Drägers hervor.

Dräger hat bekundet:

Es hat zwischen ihm und den drei anderen Beschuldigten bei dem Abtransport des Herrn Dr. Liebknecht und der Frau Dr. Luxemburg eine Besprechung stattgefunden, in der sich die vier Personen einigten, daß Frau Dr. Luxemburg und Herr Dr. Liebknecht das Edenhotel nicht leben verlassen sollten. Runge hatte den Vorschlag gemacht, wenn beide herausgebracht werden, dieselben zu erschießen. Dräger wurde gefragt, ob er mitziehen würde. Er erwiderte darauf, man solle lieber nicht schießen, da das zu viel Lärm mache, sondern sie bleiben mit dem Kolben niederzuschlagen. In diesem Zwecke solle man vorher die Gewehre entriegeln. Runge hat daraufhin sein Gewehr entriegelt, entladen und beim Herandretten erst dem Herrn Dr. Liebknecht Kolbenschläge versetzt, und später beim Herandretten der Frau Dr. Luxemburg dieser zwei tödliche Schläge auf den Kopf versetzt.

Nach dieser Feststellung kann es nicht zweifelhaft sein, daß die genannten Personen der Ermordung der Frau Dr. Luxemburg bzw. der Beihilfe oder Anstiftung hierzu dringend verdächtig sind.

Die unter 5, 6 und 7 genannten drei Personen haben sich der Benützung des Mordes dringend verdächtig gemacht dadurch, daß sie die Leiche der Ermordeten beiseite geschafft haben, um dadurch die Spuren der Tat zu vernichten und die Mörder der Strafverfolgung zu entziehen. Es besteht auch der bringende Verdacht, daß Frau Dr. Luxemburg durch die erlittenen Schläge zwar tödlich verletzt, aber noch nicht getötet war, so daß gegen die drei Personen, die Frau Dr. Luxemburg transportiert haben, kein weiterer Verdacht des Mordes besteht. Das geht auch aus der weiteren Aussage Drägers hervor, wonach die Transportmannschaften bei ihrer Rückkehr in das Hotel erzählten:

„An der Straße haben wir sie überbejährt.“ Ebenso aus der Zeugenansage des Herrn Schmidt (Raspportier im Edenhotel), dieser sagt aus:

„Der Posten vor dem Hauptportal des Hotels (wahrscheinlich als Dräger oder Runge) hat mir eine Bierflasche nach dem Abtransport der Frau Dr. Luxemburg gesandt:

„Die ist erledigt, die schwimmt schon.“

Hauptmann Peitz erscheint der Anstiftung zum Mord dringend verdächtig, da er vor einer Reihe von Tagen den Befehl gegeben, man solle dafür sorgen, daß Frau Dr. Luxemburg nicht lebendig in das Gefängnis käme. Diese Tatsachen sind

pragt, Meiner Mikalissi, standhaft befehle durch seine
Infrage.

Ein Offizier, er soll Hauptmann Petri heißen, hat
vor dem Abtransport der Frau Dr. Luxemburg aus dem
Oberhofel, gesagt:

„Man soll dafür sorgen, daß die Luzem-
burg nicht lebend ins Gefängnis kommt.“

Nach dem Abtransport hat derselbe Offizier gesagt:
„Man soll froh sein, daß diese Menschen um die Wä-
ge sind, die haben der Menschheit genug geschadet.“

Bei der Schwere der Tat und der zu erwartenden Strafe
erscheint ein Mordverdacht gegen die genannten Beschuldigten
ohne weiteres gegeben.

Unter Berücksichtigung der großen Zahl der an dem Verbrechen
beteiligten Personen und des Antriebsverhältnisses, in dem Ab-
wehrene der Beschuldigten infolge ihres militärischen Mangels an
den anderen Beschuldigten und zu den Zeugen stehen, liegt eine
Verdunkelungsgefahr vor, falls die Beschuldigten nicht in Haft ge-
setzt werden. Es besteht auch die Gefahr, daß ein Teil der Be-
schuldigten, falls er nicht in Haft genommen wird, in andere Ver-
hältnisse oder an die Grenze verfrachtet wird, wodurch die Möglichkeit
des Flucht nach vergrößert wird. Es sei nur daran erinnert,

daß 1. der erst. als Beschuldigte in Frage kommende Jäger
Weinholdt bereits entwichen und nicht auffind-
bar ist,

2. der Beschuldigte Runge bereits zu einem an-
deren Transportversteck verlegt ist,

3. der Beschuldigte Göttinger, wie sich aus seiner
eigenen Mitteilung an das Gericht ergibt, nach der
Schweiz abzureisen beabsichtigt.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit nur daran erinnern, daß
über diejenigen Personen, die wegen schwerer, ganz geringer Be-
teiligung an den Unruhen der letzten Wochen, festgenommen sind,
die Untersuchungshaft verhängt ist, trotzdem diese keine annähernd
so hohe Strafe zu erwarten haben, als die Beschuldigten.

Wir verlangen ferner, daß alles aufgebahrt wird, um die von
der Division zur Bedeckung des Transportes gestellten Personen
zu ermitteln, und dieselben als Zeugen bzw. als Beschuldigte zu
vernehmen.

Wir erheben ferner gegen die Mitglieder der Wil-
merdorfer Bürgerwehr, Mühlberg und Lind-
ner, die Beschuldigung der Freiheitsberaubung, da sie sowohl
Frau Dr. Luxemburg, wie auch Herrn Dr. Liebknecht ohne Vor-
liegen eines Haftbefehls, und ohne daß sie auf frischer Tat er-
stappt worden wären, festgenommen haben, wozu sie nach den
geltenden Gesetzen nicht befugt waren. Da die beiden Bekannten
der militärischen Gerichtsbarkeit nicht unterliegen dürften, bitten
wir insoweit um Uebergabe der Akten an die Staatsanwaltschaft,
welche Einleitung der Strafverfahren.

Wir bitten und von den auf dieses Schreiben zurückzukommen
umgehend in Kenntnis zu setzen.

gez. Oskar Ruch,
Mitglied des Vollzugsrates.
gez. Hugo Strube,
Mitglied des Zentralrates der deutschen sozialistischen Republik.

Auf diesen Antrag lief am 5. 2. 19 folgende Antwort
des Gerichts ein:

Bericht der G.R.(Sch.)D. Berlin, den 6. 2. 1919.
T. L. III b 2. 2. 19

Herrn
Oskar Ruch,
Mitglied des Vollzugsrates des V. u. S. Rates Groß-Berlin,
Berlin.

Ihre von dem Mitglied des Zentralrates Herrn Hugo
Strube mitunterzeichnetes Schreiben vom 4. d. M. habe ich
dem für den Erlass eines Haftbefehls allein zuständigen Gerichts-
herrn vorgelegt. Dieser hat mich beauftragt, darauf folgendes
zu erwidern:

1. Gegen den früheren Jäger z. Pf. jetzigen Husaren Runge
im Husarenregt. Nr. 8 ist bereits am 2. d. M. Haftbefehl
erlassen.
2. Kraftfahrer Göttinger, Kaufmann Probst, Kraft-
fahrer Janschkow (nicht Gramlow) und Bureauvorsteher
Hall unterliegen als Zivilpersonen nicht der Militär-
gerichtsbarkeit.
3. Den Erlass eines Haftbefehls gegen Jäger z. Pf. Dräger
und Hauptm. Petri hat der Gerichtsherr abgelehnt.

Soweit ich als Untersuchungsführer in dem Verlangen, alles
zur Ermittlung der Transportbegleitmannschaften aufzubieten
und sie als Zeugen bzw. Beschuldigte zu vernehmen, einen
Widerstand, daß dies bisher nicht geschehen sei oder dem-
nächst beabsichtigt werden könnte, erblicken muß, weise
ich ihn auf das allerentschiedenste zurück.
Da die Akten höheren Ortes vorgelegt werden und deshalb der
Staatsanwaltschaft nicht überhandt werden können, letzteres auch
die Fortführung der Untersuchung verzögern würde, gebe ich
anheim, die in dem Schreiben gegen Zivilpersonen erhobenen
Beschuldigungen der zuständigen Staatsanwaltschaft zuzuleiten.
Herrn Strube bitte ich von Vorbehalten in Kenntnis zu
setzen.
gez. Jorns, Kriegsgerichtsrat.

Seit Dienstag, den 4. Februar 1919, ruht das Ver-
fahren. Die Akten befinden sich wie das Gericht der Garde-
kavallerie (Schützen-) Division telephonisch mitteilt, beim
Kriegsministerium, weil dort über unseren Antrag auf Zu-
lassung des Rechtsbestandes der Familie v. entschieden
werden soll.

Im Falle Liebknecht ist die Untersuchung ein-
geleitet:

1. gegen Kapitänlt. Jorns v. Pflug-Bartung,
2. - Oberleutnant v. Pflug-Bartung,
3. - Oberleutnant z. See Ulrich v. Ritgen,
4. - Oberleutnant z. See Stiege,
5. - Leutnant z. See Schulz,
6. - Leutnant z. See Wegmann,
7. - Jäger Klemens Friedrich,
8. - Kraftfahrer Bessel

auf Grund des § 149 des Militär-Strafgesetzbuches (vor-
schriftswidriger Waffengebrauch).

Die Untersuchungsbehandlung wurde zunächst dem
Kriegsgerichtsrat Herrn Ruchig übertragen, später eben-
falls dem Herrn Kriegsgerichtsrat Jorns.

Gegen unsere Zulassung wurden seitens des Herrn
Ruchig Schwierigkeiten nicht gemacht. Herr Kriegs-
gerichtsrat Jorns machte unsere Anwesenheit
von der Zustimmung der Beschuldigten ab-
hängig.

Die Stellung von Fragen an die Beschuldigten wurde
uns anfangs erspart und erst nach Vernehmung dagegen
konnten wir Fragen nach Belieben stellen.

Am 20. Januar 1919 richteten wir folgendes Schreiben
an das Gericht:

Berlin, den 20. Januar 1919.
An das
Kriegsgericht der Garde-Kavallerie (Schützen-) Division
Ebenhofel.

Am Sonnabend unterbreitete ich dem Kriegsgerichtsrat
Jorns die Bitte, doch noch vor der Abduktion Liebknechts
einige der Beschuldigten zu vernemen, da meiner Ansicht nach
rotl. zur Verhaftung der Beschuldigten geschritten werden müßte.
Oberkriegsgerichtsrat Jorns lehnte das mit dem Bemerkten
ab, daß die Angeklagten im Hotel anwesend und jeder Zeit
zum Verhör bereit wären.

Nach der Abduktion ist nun einer der Beschuldigten vernom-
men worden. Diese Vernehmung bekräftigt mich in meiner Auf-
fassung, daß alle Beteiligten sofort verhaftet werden müßten,
da zweifellos die Gefahr der Verdunkelung besteht.

Ich wiederhole nun nochmals schriftlich meine Bitte, die
sicher von allen Mitgliedern des Vollzugsrates gebilligt wird.
gez. Paul Wegmann.

Dieses Schreiben wurde vom Herrn Kriegsgerichtsrat
Jorns mit folgender Bemerkung versehen:

Auf Wunsch des Herrn Wegmann gebe ich folgende Er-
klärung ab:

Die Untersuchungshaft kann nur vom Gerichtsherrn ver-
hängt werden. Sie ist nur zulässig nach § 176 R. G. O., wenn
1. ein Verbrechen, den Gegenstand der Untersuchung bildet,
2. der Betreffende fluchtverdächtig ist,
3. die Aufrechterhaltung der Disziplin die Verhaftung er-
fordert.

4. Tatsachen vorliegen, welche den Verdacht der Verdun-
kelung des Tatbestandes rechtfertigen. Die Tatsachen sind offen-
kundig zu machen.
gez. Jorns, Kriegsgerichtsrat.

Dieses Schreiben wurde dann mit folgender Be-
merkung an den Gerichtsherrn gerichtet:

Ich erlaube nunmehr den Gerichtsherrn, umstehendem An-
trag stattzugeben und mir umgehend schriftlichen Bescheid zu-
kommen zu lassen.
gez. Paul Wegmann.

Eine schriftliche Antwort ging uns auf obiges
Schreiben nicht zu, wohl aber folgende mündliche Erklärung
des Herrn Kriegsgerichtsrat Jorns:

„Ich muß nun erst dem Gerichtsherrn Vortrag halten. Der
richtet sich ganz nach meinen Vorschlägen, und ich kann Ihnen
jetzt schon sagen, daß ich zu einer Verhaftung nicht
schreiten kann.“

Die im Falle Luxemburg vorstehend erwähnte Verhand-
lung mit der Regierung bezog sich auch auf den Fall Lieb-
knecht, ebenso die Antwort. (Siehe Antwort der Regierung
vom 25. 1. 19.)

Das Ersuchen der Regierung und des Herrn Kriegs-
ministers an den Gerichtsherrn, einen Rechtsbestand der
Familie Liebknecht zu den Untersuchungsbehandlungen zu-
zulassen, wurde von diesem abgelehnt mit dem Be-
merkten: „Wir würden uns strafbar machen, wenn wir dem
Wunsche nachkämen, da ein Befehl der vorgelegten Dienst-
behörde nicht vorliegt.“

Der Antrag auf Zulassung eines Rechtsbestandes
wurde darauf vom Gericht der Garde-Kavallerie (Schützen-)
Division am 28. 1. 19 abgelehnt. Am demselben Tage
richteten wir folgendes Schreiben an das Gericht:

Berlin, den 28. Januar 1919.
Herrn
Oberkriegsgerichtsrat Jorns,
Hotel Eben.

Zu der Untersuchungsfrage Liebknecht haben sich unserer
Ueberraschung nach neue Momente durch die Vernehmung er-
geben, die wohl auf eine überlegte strafbare Handlung schließen
lassen. Als solche Momente führen wir folgende an: Die Aussage
des Sündenmädchens, daß ein Offizier gesagt habe:

„Kommt mal herunter, wir wollen Liebknecht
im Tiergarten begraben.“

Ferner die Aussage des Reuters Krupp, daß ein Offizier,
bzw. ein Soldat mit Helm auf das Auto sprang und auf 2. ein-
schlag und sich nachher mit seiner blutigen Hand vor seinen
Kameraden dieser blutigen Tat rühmte. Dann die Aussage ver-
schiedener Zeugen, wonach Liebknecht bei seinem Einsteigen ins
Auto mit dem Gewehr selbst in die Kasse schlugen
wurde, ferner der Umstand, daß, trotzdem Liebknecht Kopf blutete
und anscheinend auch Kopf verletzt war, es die Führer bzw. die
Transportbegleiter nicht für nötig erachteten, ihn in der gegen-
überliegenden Rettungsstelle verbinden zu lassen.

Ferner ist es unerklärlich, wie es einem nachweislich Schwer-
verletzten, wie es 2. war, möglich gewesen ist, einem mit scharfen,
entschieden Bistoren ausgerüsteten Begleitkommando von fünf
jungem, kräftigen Offizieren und einem Jäger zu entfliehen, be-
sonders da zwei dieser Herren, nach ihren eigenen Angaben, 2.
rechts und links am Arm festhielten, resp. am linken Ellenbogen
hielten. Nach Aussage von Kapitänleutnant v. Pflug-Bartung
ist einer der Begleiter vor 2. gegangen, und es war die
Möglichkeit zu entfliehen eigentlich ausgeschlossen. Die Ver-
wundung mit dem Taschmesser ist, wenn sie auf Wahrheit
beruht, den Schluß zu, daß es zu einem Handgemenge gekommen
sein muß, und eine Ueberraschung der Begleitmannschaften also
anzunehmen erscheint. Es wäre natürlich auch möglich gewesen,
einen vermundeten Gefangenen, ohne zu schießen, zu überwältigen.
Der Held, daß man die Personalien Liebknechts, der zuerst
langsam, der Gefährte zu sein, aus der Bezeichnung seiner Wäsche
sehrte, was den Schluß zuläßt, daß man ihn wohl bis auf
seine Durchsuchung haben muß.

Wir müssen nun auf Grund dieser Feststellung und Schlüsse
unserem den Antrag stellen, der bereits in dem Schreiben vom
20. Januar gestellt wurde, die Beschuldigten, sowie die in dem
bisherigen Verfahren Beteiligten zu verhaften, um weiteren Ver-
dunkelungen, wie sie nach Aussage des Ostfeldpersonals schon fest-
gestanden haben müssen, vorzubeugen.

Wir bitten um baldige Nachricht, wie sie sich hierzu stellen.
gez. Wegmann.

Seit diesen Tagen ruht das Verfahren in der Unter-
suchungsfrage Liebknecht.

Am 31. Januar 1919 erhielten wir folgende Antwort des
Gerichts:

Herrn
Wegmann R. d. V. d. L. u. S. Rates,
Abgeordnetenhaus 3. 63.

Auf das dort. Schreiben vom 28. d. Mts. erwidere ich, er-
gebenst, daß ich das Schreiben dem Gerichtsherrn, dem allein das
Recht zum Erlass eines Haftbefehls zusteht, übermitteln habe und
bisher ich auf Vortrag für eine Verhaftung eines der

Ver-
sonen nicht entschieden hat, da dringender Verdacht
einer verabredeten, wohl überlegten Handlung noch nicht gegeben
erscheint und Tatsachen für eine Konfusionsgefahr noch nicht bo-
kamt geworden sind. Die Nachforschungen in dieser Richtung
werden fortgesetzt.

gez. Jorns,
Kriegsgerichtsrat.

Nach Vortrag über den Stand der Untersuchung beim
Zentralrat der Republik beschloß dieser, uns nach Wei-
mar zur Regierung zwecks Berichterstattung zu senden.

Dieser Besprechung, die am 12. 2. 19 im Schloß zu
Weimar stattfand, wohnten seitens der Reichsregierung bei:
die Herren Scheidemann, Landsberg und
Roske.

Die Konferenz, in der wir unsere obengenannten For-
derungen stellten, endete ergebnislos.

Herr Landsberg erklärte uns, es sei „oberster Rechts-
grundsatz, in ein künftiges Verfahren nicht einzugreifen“,
und stellte sich auf den Standpunkt, „kein Beschuldiger
dürfe seinem ordentlichen Richter entzogen werden“.

Zugeklagt wurde uns schließlich die Prüfung der Akten
durch Herrn Landsberg.

Die Herren Scheidemann und Roske schlossen sich der
Auffassung des Herrn Landsberg an.

Mit diesen Erklärungen hat die Regierung kundge-
geben, daß sie nicht gewillt ist, in die Angelegenheit Lieb-
knecht-Luxemburg in einer Weise einzugreifen, die der Be-
deutung der Sache angemessen wäre. Nicht um einen Ein-
griff in ein künftiges Gerichtsverfahren handelte es sich,
sondern vielmehr um die Schaffung eines Verfahrens, das
nicht der Verdunkelung der Wahrheit, sondern ihrer Auf-
deckung dienen sollte. Und nicht darum handelte es sich auch,
die Beschuldigten ihrem ordentlichen Richter zu entziehen,
sondern darum, ein ordentliches gerichtliches Verfahren an
die Stelle eines Verfahrens zu setzen, das jedem Rechts-
empfindenden Sohn spricht. Doch eine solche allgemeine Be-
seitigung des militärgerichtlichen Verfahrens und seine Er-
setzung durch anderweitige Normen zulässig ist, wird auch
der Jurist Landsberg nicht bestreiten können.

Während unserer vierwöchigen Teilnahme an der
Untersuchung, der allein es zu verdanken ist, daß die Unter-
suchung allen Widerständen zum Trotz die jetzt vorliegen-
den Resultate gezeitigt hat, waren wir bestrebt, diesen ele-
mentaren Forderungen des Rechts Geltung zu verschaffen.
Das ist uns nicht gelungen. Es ist uns nicht einmal ge-
lungen, die Einsetzung einer Sonderkommission durchzu-
setzen, der nur die Aufklärung des Tatbestandes obliegen
hätte. Ja, jetzt, nach der Ueberführung der Mörder, ist es
uns nicht einmal gelungen, auch nur ihre Verhaftung durch-
zusetzen, die unumgänglich ist, soll die Verdunkelung ver-
hindert und die Weiterverfolgung der Spuren nach den ver-
mutlichen Hintermännern des Komplotts ermöglicht
werden.

Wir können es deshalb nicht mit unserem Gewissen
vereinbaren, noch weiter an einer Untersuchung teilzu-
nehmen, die durch die ganze Art ihrer Handhabung zur Un-
rechtmäßigkeit verurteilt ist. Wir erklären hiermit unseren
Austritt aus der Untersuchungskommission und legen unser
Mandat in die Hände der Öffentlich-
keit zurück.

Sache der Öffentlichkeit wird es nun sein, den Kampf
um das niedergehaltene Recht, den Kampf um die Auf-
bedung des Mordmordes mit aller Entschiedenheit aufzu-
zunehmen. Schon viel zu lange hat das empörende Gerichts-
vergehen geschwiegen. Jetzt endlich muß ausgeräumt
werden mit allen offenen und geheimen Widerständen, die
sich der Aufdeckung der Wahrheit in den Weg stellen.

Da die Regierung anscheinend weder die Kraft noch
den Willen hat, der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu ver-
helfen, appellieren wir an die Öffentlichkeit, durch mach-
vollen Druck auf die Regierung die Hindernisse, vor allem
die ganze Militärgerichtsbarkeit aus dem Wege zu räumen.

Es darf nicht sein, daß ein privilegiertes Sondergericht
als Kulisse bestehen bleibt, hinter der das schrecklichste Ver-
brechen sich verbirgt. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit
ist vor der Welt vor der Geschichte verantwortlich, daß
die Schuldigen an der Ermordung der Genossen Liebknecht
und Luxemburg an den Branger gestellt und zur Verant-
wortung gezogen werden.

Oskar Ruch, Mitglied des Vollzugsrates Groß-Berlin.
Paul Wegmann, Mitglied des Vollzugsrates
Groß-Berlin.

Hugo Strube, Mitglied des Zentralrats der deutschen
Republik.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Friedr. 14. Februar.

Marschall Foch übergab dem Reichsminister Erzberger
heute nachmittags 3 Uhr folgende Vorschläge zum Zusat-
zabkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes:

1. Die Deutschen müssen unverzüglich alle Offen-
sivbewegungen gegen die Polen in dem Gebiet
von Polen oder in jedem anderen Gebiet aufgeben. In
diesem Zweck wird ihnen untersagt, folgende Linien durch
ihre Truppen überschreiten zu lassen: Gegen Süden die
Linie: die ehemalige Grenze Ost. und Westprengens gegen
Rußland bis zur Weichsel, dann westlich der Weichsel die
Linie, die über Bobgorz (südlich von Thorn), Orzoga, Schu-
bin, Gzin, Lipin, Samotichin, Chodysien (Kolmar), Gzar-
nifan, Kiala und Birbaum läuft. Gegen Osten die Linie:
Penschen, Kalkstein, Primant, Lissa, Sojanowo, Rawitsch,
Tradenberg, Berndorf, Groß-Briele und Droschlaw; von
Droschlaw an die Linie, die über Kolbau, Dombrowa und
Krupp läuft und die Ober beim Zusammenfluß der Mala-
pante erreicht und von diesem Zusammenfluß an die grüne
Linie auf beigefügter Karte.

Auf Grund einer Aussprache, die im Auftrage des
Reichsministers Erzberger und Marschalls Foch zwischen
Generalmajor v. Hammerstein und Generalstabchef Weg-
mann stattfand, erhielt der Artikel 1 folgende Fassung: Die
Demarcatinalinie verläuft folgendermaßen nach der
Lagenkarte der Obersten Deeresleitung vom 6. Februar:
Von der russischen Grenze bei Lujensieide auf einer Linie

Die über westlich Lufsenfeld, westlich Groß-Neudorf, südlich Brzoga, Wdghopla, südlich Chobziescu (Kolmar), nördlich Czarnikau, westlich Wiala, westlich Birbaum, westlich Deutschen, westlich Wolfstein, nördlich Lissa und nördlich Bieruchow (Eichenbrunn) bis zur schlesisch-russischen Grenze. Also bleibt Ost (wahrscheinlich mit Ost- und Westpreußen zu interpretieren) und Oberschlesien wie heute in unserer Hand.

Die Regierung in dem so unruhigen Gebiet wird in den Waffenstillstandsbedingungen nicht vereinbart. Diese Frage bleibt offen, da tatsächlich festgestellt ist, daß es sich hier nur um eine provisorische Abmachung handelt, welche dem Friedensvertrag in keiner Weise vorgreift. Der Schutz der Deutschen in diesem Gebiet wird von einer internationalen Kommission in Warschau garantiert.

2. Der durch die Abkommen vom 13. Dezember 1918 und vom 16. Januar 1919 bis 17. Februar 1919 verlängerte Waffenstillstand vom 11. November 1918 wird neuerdings für eine unbefristete Zeitdauer verlängert, wobei die alliierten und assoziierten Mächte sich das Recht vorbehalten, mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen.

3. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom 11. November 1918 und der Zusatzabkommen vom 13. Dezember 1918 und 16. Januar 1919, soweit dieselben derzeit noch unvollständig verwirklicht sind, wird fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes zu den von der internationalen permanenten Waffenstillstandskommission nach den Weisungen des Oberkommandos der Alliierten festgesetzten Einzelbestimmungen zum Abschluß geführt werden.

Zusatzabkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes.

1. Die Deutschen müssen alle Offensivbewegungen gegen die Polen aufgeben, und ihre Truppen dürfen folgende Linie nicht überschreiten. Von der russischen Grenze westlich Lufsenfeld, westlich Großneudorf, südlich Brzoga, nördlich Schubin, nördlich Brin, südlich Sauschischin, südlich Chobziescu (Kolmar), nördlich Czarnikau, westlich Wiala, westlich Birbaum, westlich Deutschen, westlich Wolfstein, nördlich Lissa, nördlich Bieruchow bis zur schlesisch-russischen Grenze.

2. Der Waffenstillstand wird für unbefristete Zeitdauer mit dreitägiger Kündigungsfrist verlängert.

3. Die Ausführung der früheren Waffenstillstandsbedingungen wird fortgesetzt und zum Abschluß geführt.

Eine Rede Haases.

In der Nationalversammlung gab zunächst Herr Minister Schiffer eine Darlegung unserer Finanzlage, die das ganze Volk, das der Krieg über das deutsche Volk gebracht hat, plastisch zur Darstellung brachte. In den 146 Milliarden Anleihe kommen 58 Milliarden schwebende Schuld und beinahe 10 Milliarden Kredite an unsere Bundesgenossen. Die Frage, ob und wie wir diese ungeheuren Verpflichtungen erfüllen können, zu denen noch nicht viel geringere Summen für die Kriegsschädigung und für die künftigen Kriegskosten kommen, hat Herr Schiffer allerdings unbeantwortet gelassen.

Dann ergriff Genosse Haase das Wort. Auch der recht unvollständige Bericht läßt erkennen, daß Haases Rede sich zu einer wichtigen Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann gestaltete. Haase zeigte, wie deren Politik den Gegensatz in der Arbeiterschaft immer mehr verschärft habe und schließlich zu den blutigen Gewaltmaßnahmen geführt, die in Bremen und anderswo so viele Opfer gekostet hat. Haase schilderte eingehend die gefahrene Willkür, die Aufhebung aller Rechtsgarantien, die namentlich in Berlin, nicht nur zu den unbegründeten Freiheitsberaubungen, sondern auch zu den heuchlerischen Reichel-morden an Liebknecht, an Rosa Luxemburg, an den Tegeler Gefangenen geführt hat. Zum Schluß seiner Ausführungen kam Haase auf die auswärtige Politik zu sprechen, deren Unaufrichtigkeit und Bankrotmütigkeit er geißelte.

Haase antwortete Herr Noske. Er spielte den starken Mann und fand in diesem widererzitternden Reichstag, in dem der Geist militäristischer Brutalität so lebendig ist wie je, großen Beifall. Noske schwitzte nur so Gewalt aus allen Poren. Ob gegen Polen, ob gegen Arbeiter, ganz gleich, er ist immer für die Gewalt. Und vorläufig fühlte er sich dabei offenbar recht behaglich. Aber lange wird selbst er bei aller Verhärtung nicht auf den Bejonketten sitzen können. (Siehe Beilage)

Wieder Landesverrat der Patentnationalen

Den Nationalisten ist die Polenpolitik der Regierung noch immer nicht ausreichend. Jetzt drohen die Patrioten mit der Verdrängung der Ostpreußen. Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift, wonach im Osten ganz im stillen am Zustandekommen eines Staatengebildes unter Zusammenschluß von Oberschlesien, Posen, West- und Ostpreußen gearbeitet wird, das seine Orientierung nach Polen hin suchen will.

Man wird sich diese Bereitschaft der Patriotisten und Patentpatrioten, deutsches Land loszureißen und sich mit einem fremden Staat zu verbinden, merken müssen. Beleuchtet sie doch besser als alles andere die oh-scheuliche Unwahrscheinlichkeit und Heuchelei dieser Leute, die nur so lange „national“ sind, als dabei ihre Selbst- und Agrarinteressen gewahrt bleiben, die aber sofort zum „Landesfeind“ übergehen wollen, sobald sie hoffen, dort bessere Geschäfte machen zu können.

Es ist bezeichnend, daß die „D. Tageszeitung“ kein Wort gegen diesen Landesverrat findet.

Im übrigen sorgt ja die Entente dafür, daß die Dinge im Osten endlich halbwegs vernünftig geregelt werden. Es ist freilich eine Schande für die Regierung, daß erst die „Feinde“ sie dazu zwingen müssen, was sie selbst schon längst hätte erreichen können. Wäre von Anfang an mit den Polen vernünftig verhandelt worden, so wäre es nie zu dem häßlichen Krieg gekommen. Die Regierung hat aber auch hier, eingestrichelt von der national-istischer Seite, den Weg der Gewalt dem der Verhandlungen vorgezogen. Jetzt macht endlich die Entente dieser Summen und gewissenlosen Politik ein Ende, wofür ihr das

deutsche Volk, das muß rücksichtslos gefogt werden, zu Dank verpflichtet ist.

Für die Regierung war allerdings der „Ostschuß“ der erwünschte Vorwand, den Wünschen der Seeleitung und des Offizierskorps Rechnung zu tragen; zugleich hatte sie die erwünschte Gelegenheit, jene Soldnerkämpen anzuwerfen, die zwar zu wirklichen Kämpfen gar nichts taugen, dagegen sehr auf gegen den „inneren Feind“ verwendbar sind.

Was von diesen „Freiwilligenkorps“ zu halten ist, ver-rät übrigens die erwähnte Zuschrift der „D. Tageszeitung“ in dankenswerter Weise. Es heißt da:

„Auf die immer dringender werdenden Hilferufe hin hat sich die Regierung zwar entschlossen, und einige freiwillige Kompanien zu senden, die aber infolge ihrer geringen Anzahl und hauptsächlich mangels jeder Disziplin und soldatischer Moral völlig ungeeignet sind, den Kampf gegen die vereinigten, für ihre Ideale fanatisch kämpfenden Polentruppen erfolgreich aufzunehmen. Der letzteren Zucht und der dadurch bedingten Ausschreitungen gegen die pol-nischen Bewohner wegen bleibt einstweilen als einziges Ergebnis dieser „Hilfsaktion“ nur ein unstillbarer Rache-burst bei den Polen gegen die Deutschen zurück, der dann beim Zurückweichen der deutschen Truppen an den zurück-bliebenden deutschen Bewohnern genüllt wird.“

Diese Zuschrift stimmt durchaus mit Berichten überein, die auch uns zugegangen sind, und die die Regierung aus eingehenden Darlegungen von polnischer Seite her genau kennt. Diese Vandalen stehlen und blüden und machen den deutschen Namen noch mehr verhaßt. Trotzdem hat die Re-gierung gar nichts getan, um diesen Schandtatbestand Einhalt zu tun. Wir sind nun begierig, ob jetzt wenigstens, wo die Entente eingegriffen hat, diese Freiwilligen-verbände, mit denen auch der „Vorwärts“ neben der übrigen Presse seine Spalten füllt, eingekerkert werden. Oder will die Regierung noch weiter das Gefindel gegen die Arbeiterschaft bewaffnen?

Gewerkschaftliches.

Drohender Streik in den Kriegsorganisationen.

Ein allgemeiner Streik der Angestellten in den Kriegsgesell-schaften, der auf die gesamte Lebensmittelversorgung und das Wirtschaftsgeschehen überhaupt eine tief einschneidende Wirkung ausüben würde, ist durch das herrsche Verhalten einiger Direktoren und der Reichsämter in greifbare Nähe gerückt. Seit Wochen verhandeln Angestellte der Reichsstelle für Gemüse und Obst mit den Reichsämtern über Lohnaufbesserungen. Die Angestellten fordern eine einmalige Teuerungszulage von 300 Mark für Unverheiratete und eine solche von 500 Mark für Ver-heiratete. Außerdem wird ein Tarif angestrebt. Bis zu seinem Inkrafttreten soll eine provisorische Neuregelung der Gehälter er-folgen, die den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung trägt. Werden doch für das Gros der Angestellten Gehälter von monat-lich 200 Mark gezahlt; für diese wird eine Zulage von 50 Mark verlangt. Diese bescheidenen Forderungen haben die Reichsämter rundweg abgelehnt, obgleich die vereinigten Direktionen den Reichsämtern vorgeschlagen haben, die Gehälter für Profuristen und Abteilungsleiter von 1000 R. auf 1500 R. monatlich und von 600 R. auf 1000 R. monatlich zu erhöhen. Die Festsetzung der Gehälter für die Angestellten hingegen soll dem Wohlwollen der Direktionen in den einzelnen Fällen überlassen bleiben.

Zu diesem negativen Resultate der Verhandlungen nahm eine Versammlung der Angestellten der Reichsstelle für Gemüse und Obst, die gestern stattfand, Stellung. Die Versammelten ließen keinen Zweifel darüber, daß sie gewillt seien, mit Hilfe des Streiks ihren Forderungen Anerkennung zu verschaffen. Im Bewußtsein der schweren Schäden, die der Streik in den Kriegs-organisationen für die Allgemeinheit im Gefolge hat, soll näm-lich alles versucht werden, auf gutlichem Wege eine Verständi-gung zu erzielen. Nach längerer Diskussion wurde folgende Reso-lution gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die Versammlung bedauert auf das Heftigste, daß die Bescheidenen und durchaus berechtigten Forderungen der An-gestellten sämtlicher Kriegsorganisationen Groß-Berlins von den Reichsämtern abgelehnt worden sind. Sie spricht ihre Ent-rüstung über das herausfordernde und beleidigende Verhalten einzelner Direktionsmitglieder der Verhandlungskommission aus.

Die Angestellten der Reichsstelle für Gemüse und Obst bevoollmächtigen ihren Angestelltenrat, sofort, im Einvernehmen mit dem Arbeitsausschuß der Kriegsorganisationen, das Ein-gangsgeld bzw. den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung auf-zufuchen.

Sollte dieses letzte Verhandlungsmittel versagen, so erklären die Angestellten der Reichsstelle für Gemüse und Obst von heute, daß — sofern die Angestellten der anderen Kriegsorganisationen zum letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel greifen — die Durchführung ihrer Forderungen geschehen — auch sie sich mit diesem Vorgehen solidarisch erklären würden.“

Am Montag findet eine Sitzung des Arbeitsausschusses der Kriegsorganisationen statt, die über ein gemeinsames Vorgehen, eventuell über den Streik beschließen wird.

Der Warenhausstreik.

Der Warenhausstreik nimmt immer größeren Umfang an. Die Personale vieler kleinerer Kaufhäuser und Spezialgeschäfte haben sich dem Streik angeschlossen. Die Zahl der Strei-kenden beträgt jetzt schon

über 50 000.

Die Unternehmer lassen den Streik als eine Kraftprobe auf und geben fortwährend vor, höchstwahrscheinlich werden sie am Montag früh die Angestellten einzelner Betriebe mit allen Mitteln zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen suchen. Um jeden Irrtum zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß die Streikleitung an der Weiterführung des Streiks festhält und mit aller Energie zu Ende zu führen gedenkt. Diese Mitteilung möge von den be-teiligten Streikern aufs Beste beachtet werden.

In bürgerlichen Kreisen wird viel von „Ausgleichungen“ der Streikenden geschrieben. Als solche „Ausgleichungen“ werden auch die Verträge betrachtet, durch Umherziehen von Geschäft zu Geschäft die dort arbeitenden Personale ebenfalls zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Dabei kommt es manchmal auch zu An-schreitungen, aber nicht durch die Schuld der Streikenden, sondern seitens der Geschäftsinhaber. Ein solcher Vorfall ereignete sich s. B. Sonntagvormittag in der Tauentzienstraße 4. In das dort befindliche Epigen- und Handarbeitgeschäft von A. Huth gingen drei junge Leute hinein, um den Inhabern der Firma höf-lich nach zu legen, ihren Vaden zu schließen. Raum hatten sie das Geschäft betreten — als ein Geschäftsinhaber einem der drei jungen Leute an die Kehle sprang und ihn zu würgen suchte. Nur dem sofortigen Einschreiten der beiden anderen Kollegen, die nach ihm den Raum betreten, ist es zuzuschreiben, wenn nichts Ernst-liches geschehen ist.

Alle Angestelltenauschussmitglieder des Gen-eralverbandes der Handlungsgehilfen, deren Betriebe sich im

Streik befinden, werden aufgefordert, heute, Sonntag, 18. Fe-bruar, vorm. 11 Uhr, im Königsplatz, im Hofmarktstr. 72, zu erscheinen. Mitgliedsbuch oder rote Karte legitimiert. Die Streikleitung.

Zum Streik der Versicherungsangestellten.

Der Streik steht noch wie vor äußerst günstig. Die Streik-brecher der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft aus Magdeburg sind wieder abgezogen, der Betrieb ruht. Aus Leipzig wird gemeldet, daß die Berliner Söhne angenommen sind, es geht also. Es heißt, daß eine Versammlung am Sonntag vor-mittag im Freien stattfindet. Dies ist nicht der Fall. Die Kolleginnen und Kollegen werden gebeten, zuhause zu bleiben. Von irgend welchen Verständigungsschritten seitens der Unter-nehmer ist bisher bei den Angestellten nichts bekannt. Die An-gestellten werden oder entschließen durchhalten.

Das Zentral-Streikbureau befindet sich Linstr. 2, Reston-vant Pfefferberg. Die Kolleginnen und Kollegen wollen sich besonders Montag früh dort und in den übrigen Streikbureaus recht zahlreich und zeitig zur Verfügung stellen. Für die Streikleitung des Kartells der Angestelltenverbände.

Einkassierer und Kassaboten der Versicherungsangestellten!

Das Zentral-Streikbureau für die Kassaboten und Ein-kassierer der Versicherungsangestellten befindet sich Behren-straße 14/16 in Potsdamer Platz. Dort hat sich im Laufe eines jeden Vormittags ein Kassabote von jeder Gesellschaft, Subdirektion oder Generalagentur zur Information einzufinden. Deutscher Transportarbeiterverband. Sektion der Einkassierer und Kassaboten.

Ende des Postkassierstreiks.

Die Postkassierer und Expeditoren haben den gestern mitgeteilten Schiedspruch des Einigungsamtes anerkannt und sind im Laufe des Sonnabend wieder in Arbeit getreten.

Groß-Berlin.

Ein neuer Gewaltakt.

Nach der Redaktionskassette wird uns gemeldet, daß die Weiße Garde des Herrn Noske in Berlin eine neue Schreckens-tat verübt hat. Sie hat gestern abend gegen 9 Uhr in der Weberstraße eine Versammlung der Kommunisten aufgehoben und dabei ohne Anlaß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Wieviel Tote und Verwundete zu beklagen sind, steht zur Stunde noch nicht fest. Ein Augenzeuge berichtet uns darüber:

„Als ich gegen 9 Uhr abends die Weberstraße passierte, war ich Zeuge, wie von den Noske-Garden eine Versammlung der Kommunisten aufgehoben wurde. Ich kam die Landwehrer-Straße herunter, da erscholl hinter mir der Ruf: „Straße frei!“ Im selben Augenblick fiel Schnellfeuer ein älterer Mann, der des Weges kam und anscheinend gar nicht wußte, um was es sich handelt, wurde angerufen: „Hände hoch!“ Sofort fielen wieder Schüsse und er erhielt einen Kopfschuß. Er wurde von hingulommenden Arbeitern weggeschafft. 10 Minuten später kamen Panzerautos, mit Mannschaften besetzt, angefahren, auf denen 40 bis 50 Personen, anscheinend alles Versammlungsteilnehmer, festgehalten waren. Die Autos waren mit Maschinengewehren bewaffnet.“

Wir werden in der nächsten Nummer zu dem Gewaltakt Stellung nehmen, da uns zur Stunde näheres Material nicht waren mit Maschinengewehren bewaffnet.“

Konferenz der kommunalen Arbeiterräte.

Die Arbeiterräte der Kommunen Groß-Berlins und der Kreise Teltow und Niederbarnim versammelten sich gestern im Herren-haus, um zunächst über die Aufbringung der Mittel für die Kosten des Berliner Volksgartens durch die Gemeinden zu beraten. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, daß den Gemeinden und Arbeiterräten der Etat des Volksgartens mit entsprechenden Ver-sicherungen zugestellt werden solle. Die Arbeiterräte verpflichteten sich, den auf ihre Gemeinde entfallenden Anteil der Kosten durch die Gemeinde aufzubringen.

Eine längere Debatte rief auch die Frage des Sicher-heitsdienstes in den Gemeinden hervor. Er wurde allgemein als unbedingt notwendig bezeichnet. Zur einheitlichen Regelung des Sicherheitsdienstes, insbesondere der Finanzfrage, wurde eine Kommission beauftragt, Richtlinien für den Sicherheitsdienst anzuarbeiten und zur einheitlichen Regelung der Kostenfrage mit dem Finanzamt in Verbindung zu treten. Die Arbeiterräte wurden ersucht, dem Volksgarten schnel-stens einen Bericht über den Sicherheitsdienst in ihren Orten ein-zusenden.

Die Wohnungsfrage, mit der die Versammlung sich noch beschäftigte, suchte die Arbeiterräte überall nach Kräften im Interesse der Allgemeinheit zu lösen. Beiläufig wurde darüber, daß man auch hierbei wiederum auf den Widerstand der Regierung gestoßen sei. Richard Müller teilte mit, daß auf die in einer früheren Versammlung beschlossene Resolution, die be-stimmte praktische Vorschläge zur Bekämpfung der Wohnungsnot der Regierung unterbreite, bisher keine Antwort eingegangen sei. Es wurde angeregt, daß in den Mietseiningangsämtern auch die Arbeiterräte vertreten seien. Der Volksgarten erhielt den Auftrag, auf Grund eines an die Arbeiterräte gefandenen Frage-bogens eine Vorlage über die Bekämpfung der Wohnungsnot und die Ausgestaltung des Mietseiningangsamtes auszuarbeiten und der nächsten Versammlung vorzulegen.

Was man Arbeitern zu bieten wagt, beweisen Mitteilungen aus der Betriebswerkzeilerei in Lichtenberg. Als am Donner-stag abend 10 Uhr die Arbeiter dieser Eisenbahnwerkstätte den Be-trieb verließen, wurden sie auf offener Straße von der Sicherheitswache aufgefordert, ihre Frühmahlzeiten vorzu-zeigen. Das brachte die Arbeiter in große Erregung, zumal sie ja beim Ausgange den Portier passieren mußten. Sie erklärten, dieser Aufforderung nur in einem verschlossenen Raum beim Portier nachkommen zu wollen, nicht aber auf offener Straße sich revolvieren zu lassen. Dem widersetzte sich die Sicherheitswache, die schließlich einen Schiedspruch erbat. Am Freitag wiederholte sich der Vorgang, und es kam zu einer erneuten Schiedswei. Aus der Selbstbehauptung der erregten Arbeiter verhielt sich großes Unheil. Die Arbeiter sind entschlossen, sich diese skandalöse Be-handlung unter keinen Umständen gefallen zu lassen. Wie wir hören, soll der Bahnhofsvorsteher der Dienststelle Lichtenberg der Woche den Widerbefehl erteilt haben. Der Mann scheint das Unmäßige seiner Handlungsweise nicht zu fühlen, aber die Arbeiter empfinden das. Die Erregung ist eine so große, daß der Herr die Arbeiter zum Ausstand treiben dürfte. Daß früher Sicherheitsmannschaften Verdächtige verhaften, daß sie von Vertretern des Bahnhofs ferngehalten werden müssen, darf nicht dazu führen, um mehr die Arbeiter auf diese Weise zu behandeln.

Der Rednerkurs der U. S. P. D.-Arbeiterräte findet am Montag, den 17. Februar, abends 7 Uhr, im Abgeord-netenhaus, Prinz-Albrechtstraße 17, statt.

Der Berliner Arbeiter-Schulklub veranstaltet für seine Mit-glieder ein Kongressbühnenprogramm. Beginn des Festens am 16. Fe-bruar. Geöffnet wird Sonntags von 9—12 Uhr mittags und Mitt-wochs von 6—9 Uhr abends im Lokal von Werlmann, Straße Frankfurtstraße 16. Gäste sind willkommen und haben freien Zutritt.

Deutsche Nationalversammlung.

8. Sitzung vom 15. Februar, 9 Uhr.

Zur Interpellation Dr. Selige (D. Sp.) betreffend Vorlegung einer Denkschrift über die Verhandlungen der Wasserstandsdeputation...

Der 25-Milliardenkredit und die Fortsetzung der Besprechung über die Regierungserklärung.

Reichsminister Dr. Schäfer: Die Vorlage steht einem Kredit von 25 Milliarden und 300 Millionen für Bau- und Wohnungswerte vor...

Ich werde mit rückhaltloser Offenheit darlegen, was ich mit demselben leichtfertigen Optimismus entgegenzutreten, der selber immer noch in weiten Schichten unseres Volkes herrscht...

Insummen vertrieben

und dadurch auch moralisch sehr aussehbares Zeug bereichert worden, (Reb. Juhl.) Der Krieg wurde als Konjunktur betrachtet, und ich kann das nicht von dem Vorwurfe freisprechen...

Arbeiter- und Soldatenräte

Bei der Berechtigtheit halber muß festgestellt werden, daß es falsch wäre, sie in Kauf und Sogen zu verdammen, daß A- und S-Räte haben auch ihre finanzielle Pflicht gegenüber dem Reich im weiten Umfange erfüllt...

Arbeits von A- und S-Räten sind daran mit Schuld und haben unheilbaren Schaden angerichtet. Bei der Steuererhebung...

Steuererhebung

sollen mich drei Gesichtspunkte leiten: vor allem möglichst Zusammenwirken zwischen Reich und Einzelstaaten, sodann das engste Einvernehmen mit dem Wirtschaftslieben...

Papiergeld

umlaufenden Beträge. Hier steht die Sache so, daß wir gegenüber einem Umlauf von 2 Milliarden im Jahre 1914 jetzt einen Umlauf von 24 Milliarden 482 Millionen haben...

Abg. Haase (U. Sp.):

Von dem Reichsminister der Finanzen haben wir heute ganz andere Töne gehört, als von den früheren Staatssekretären des Reichsfinanzamtes, die uns jahrelang den Krieg als einen Jungbrunnen und als ein Schlagbad gepriesen haben...

Die Soldatenräte werden so lange bestehen, wie wir ein Ober haben.

Die Arbeiterräte aber sind keine paritätische Erscheinung, lauschen Sie sich nicht darüber. Weilsie in anderen Ländern beweisen das. (Widerpruch rechts, Weisfall bei den U. Sp.)

Der Reil hat sich vergeblich bemüht, den sozialistischen Charakter des Regierungsprogramms nachzuweisen. Auch bei den darin angeführten schäbneren Sozialisierungsplänen wird der Kapitalismus dafür sorgen, daß er nicht zu kurz kommt...

Schieferlauf Kalkes

Vom 20. Januar, der die vermoderte Kabinettorder von 1920 erneuert. Früher haben sich alle Parteien gegen diese Kabinettorder erklärt. Mit der Ausdehnung der Kabinettorder auf die Freiwilligentruppen handelt Kalkes ungeschicklich...

Liebnecht und Rosa Luxemburg

umgesprungen? (Stürmische Jurufe bei den U. Sp.; — die Abgeordneten Ruhnert und Weher rufen wiederholt den Sozialdemokraten zu: Schäm Euch!) Sie wissen ja, in wie schändlicher Weise man diese beiden schließlich ins Leben gebracht hat...

heimtückisch niedergeschossen

worben. Diese Dinge haben das Entsetzen der ganzen zivilisierten Welt erregt. Jetzt erleben Sie ja, daß ein Aufmarsch eingangsen ist, den zahlreiche hervorragende Männer und Frauen, die nicht zu unserer Partei gehören, erscheinen lassen...

seine Sache selbst führen. Das Mißtrauen gegen die Regierung ist noch dadurch gesteigert worden, daß sie einmütige Beschlüsse des Reichstages nicht durchgeführt hat.

Damit werde ich mich zur auswärtigen Politik

Sie erfordert nach dem allgemeinen Zusammenbruch eine ganz besonders sorgfältige Behandlung, sie erfordert vor allen Dingen Klarheit und Wahrheit. Das Volk muß vor allen Dingen in die Lage gesetzt werden, sein Urteil abzugeben über die Schuld am Kriege, und zu dem Zwecke muß das gesamte in den Geheimarchiven vorhandene Material sofort und lückenlos veröffentlicht werden...

Mit den Polen müssen wir durch Verhandlungen zu einem Ausgleich zu kommen suchen; wir brauchen das künftige preussische Reich ebenso notwendig, wie die Polen und brauchen auch mit Rußland hätten wir nicht von neuem in einen Kriegszustand zu kommen brauchen...

Reichsminister Rühle: Das Regierungsprogramm stellt lediglich ein Arbeitsprogramm für die Nationalversammlung dar. Auch wir werden nicht gewillt, eine „Ehe auf Lebenszeit“ mit den bürgerlichen Parteien eingehen...

Nachmarsch und Demobilisierung sind besser konstatieren gegangen, als mancher vorher glaubte. Dazu haben zahlreiche Soldatenräte beigetragen. Wenn in den Tagen, da alle Aufmerksamkeit dahin war, die Soldatenräte nicht gewirkt hätten...

Im Falle Liebnechts ist das Reichsverfahren im Gange. Jede festgesetzte Schuld wird nach der Strenge des Gesetzes geahndet werden. Ich bedaure jedes Menschenleben (Zuruf bei den U. Sp.: Deuchler!), aber wenn ich vor die Wahl gestellt werde, ob um einiger Toten willen das Schicksal Hunderttausender auf das Spiel gesetzt werden soll...

Abg. Dr. Meier (D. Sp.): Meine Partei wird der Regierung die Mitwirkung am Ausbau der Verfassung nicht verweigern. Wir werden stets dankbar der Revolution danken, die die Kraft und die Echtheit Preußens begründet haben. (Weisf. rechts.) Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Fortsetzung der Besprechung.)

Lebensmittellisten.

Berlin. Auf Abf. 98 und 94 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin je 200 Gramm, also zusammen 500 Gramm, Karmelade. Die Anmeldung findet in den durch ein Ausschreiben gekennzeichneten Geschäften am 17., 18. und 19. Februar statt.

Charlottenburg. Lebensmittelwochenübersicht vom 17. bis 23. Februar 1919: Fleisch: 300 Gramm; Kartoffeln: 5 Pfund; Butter und Eier, wie besonders bekanntgemacht.

Lebensmittel. In der kommenden Woche gelangen gegen Abschnitt 99 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 150 Gramm Weizenmehl zur Ausgabe. Das Futtermittel ist auf 70 Gramm pro Person festgesetzt worden.

Schöneberg. Bis zum 18. Februar Voranmeldung für 500 Gramm Karmelade auf die Abf. 98 und 94 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Ausgegeben werden in der nächsten Woche 150 Gramm Weizenmehl auf Abschnitt 98.

Aus den Organisationen.

Wilmersdorf. Montag, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Öffentliche Volksversammlung im Stadtpark, Kaiser-Weg 51/52. Referent: Genosse E. Bogtberg.

Tegel. Montag, abends 7 Uhr. Sitzung der Bezirksleitung bei Wegener, Hieberstraße. — Dienstag, abends 7 Uhr. Blätterverteilung. Mittwoch, abends 7 Uhr, bei Reanhard, Berliner Straße.

Niederhohenshausen-Nord. Montag, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Saale von Käthe, Blankenburger Str. 4 öffentliche Volksversammlung. Genosse Scholz, spricht über die Bedeutung der Kommunalwahl für die Arbeiterschaft.

Freie Jugend Schöneberg. Sonntag, 16. Februar, 7 Uhr, im Heim Gleditschstr. 19, Aussprache über 'Krieg und Menschentum'. Alle Jugendgenossen sind herzlich eingeladen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielow, Reichstr. 19, Verlag 'Die Freiheit' G. m. b. H., Berlin. — Druck der Pionier-Druckerei und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Berlin

Öffentliche Wählerversammlungen

Montag, den 17. Februar, abends 7 Uhr:

- Schul-Nula, Bettendorfer Straße 20/24
Luchthalle, Bettendorfer Straße 20/24
Sajonke, Am Rummelsburger Bahnhof
Krania, Wangelfstraße
Brachhale Alt-Berlin, Blumenstraße 10
Nula Lessing-Gymnasium, Pankstraße 17

Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr:

- Nula Graues Kloster, Klosterstraße
Schul-Nula, Dresdener Straße 113
Schul-Nula, Pankstraße 5
Schul-Nula, Watzstraße 16
Schul-Nula, Kleinfstraße 49

Referenten: Dr. Broh, Berger, Ad. Hoffmann, Dr. Moses, Kettichlag, Schent, Rosemann, Ulrich, Weber, S. Weise, Dr. Wehl, Klara Wehl.

Die Forderungen der Arbeiterschaft an das Rote Haus. Arbeiter und Arbeiterinnen erscheint in Massen!

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Berlin

Techniker! Handlungsgehilfen! Angestellte!

Große öffentliche Versammlung

Sonntag, 16. Februar, vorm. 10 1/2 Uhr, Stadthaus Klosterstr.

Die Sozialisierung der Betriebe durch die Kommune und die Wahlen zum Stadtparlament. Referent: Genosse Dr. Rud. Dreisfeld.

Sonntag, 16. Februar, vormittags 10 Uhr:

Öffentliche Wählerversammlung

Nula Friedrich-Werder-G.-R.-Schule Niederwallstraße 12. Referent: Genosse Dr. Weinberg.

Zahlreichen Besuch dieser Versammlungen erwartet. Der Propaganda-Ausschuss.

Verlagsgenossenschaft 'Freiheit'

Generalversammlung

am Montag, den 24. Februar, 6 Uhr abends, in der Arbeiterbildungsschule, Schicklerstraße 5.

- 1. Beschlussfassung betr. Übernahme der Verlagsgesellschaft 'Die Freiheit', Verlag, G. m. b. H.
2. Verschiedenes.

Freie Vereinigung der Metallarbeiter

Achtung! Achtung! Handlungsgehilfen und -Gehilfen!

große Versammlung

aller streifenden Kolleginnen u. Kollegen im Zirkus Busch.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Große Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.

1. Diskussion über den Jahresbericht und Neuwahlen. 2. Erneute Stellungnahme in Sachen der eingereichten Lohnforderungen der Fabrikarbeiter.

U. S. P. Neukölln. Am Donnerstag, den 14. d. M. verstarb unser Genosse, der Tischler Gustav Barthel.

U. S. P. Neukölln. Am Donnerstag, den 14. d. M. verstarb unser Genosse, der Tischler Gustav Barthel.

Kommunistische Partei (Spartakusbund)

3. Bezirk, Rosbitl. Sonntag nachmittags 1 1/2 Uhr

öffentliche Volksversammlung

Die Bedingungslosigkeit der Kommunalwahlen in der revolutionären Epoche.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Berlin.

Gewertverein der Schneider (S. D.) Berlin.

Dienstag, den 18. Februar, abends 7 Uhr.

Versammlung

Bericht über die Verhandlungen mit den Konfessionären. Referent: Kollege Schumacher.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Berlin, Neustadtstr. 37-8

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Kollegen!

Otto Will, Müllerschneider, geb. 27. 4. 74, gefallen am 3. Oktober 1918 im Westen.

Kurt Schulze, Wäschereischneider, geb. 1. 2. 84, gefallen am 3. Juni 1918 im Osten.

August Schoroner, Herrenmüllerschneider, geb. 5. 11. 91, gefallen am 5. August 1918 im Westen.

Josef Karolczak, Herrenmüllerschneider, geb. 27. 1. 81, gefallen am 31. Mai 1918 im Westen.

Willy Hammer, Herrenmüllerschneider, geb. 4. 6. 1891, gestorben am 21. Dezember 1918 im Lazarett.

Oskar Meyer, Herrenkonfektionsschneider, geb. 9. 7. 93, gestorben am 12. Juli 1918 im Lazarett.

Paul Stolz, Krautwasmenschneider, geb. 12. 7. 71, gestorben am 11. November 1918 im Lazarett.

Verband d. Rupferschmiede Deutschlands, Filiale Berlin

Am 12. Februar 1919 verstarb unser lieber Kollege August Rudnick

im Alter von 61 Jahren, an Blinddarmentzündung. Ihre seltsamen Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Halle des Köpenicker Friedhofes aus statt.

Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute, treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante Bertha Poethgen geb. Pankow

nach 30jähriger Ehe im 67. Lebensjahre am 12. 2. früh 4 1/2 Uhr an Grippe etc. Herzschwäche nach einseitiger Lähmung ums. 11.02.1919 im Alter von 67 Jahren im Krankenhaus St. Hedwig gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr nach dem Krematorium, Grottestraße statt.

Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute, treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante Bertha Poethgen geb. Pankow

nach 30jähriger Ehe im 67. Lebensjahre am 12. 2. früh 4 1/2 Uhr an Grippe etc. Herzschwäche nach einseitiger Lähmung ums. 11.02.1919 im Alter von 67 Jahren im Krankenhaus St. Hedwig gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr nach dem Krematorium, Grottestraße statt.

Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute, treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante Bertha Poethgen geb. Pankow

nach 30jähriger Ehe im 67. Lebensjahre am 12. 2. früh 4 1/2 Uhr an Grippe etc. Herzschwäche nach einseitiger Lähmung ums. 11.02.1919 im Alter von 67 Jahren im Krankenhaus St. Hedwig gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr nach dem Krematorium, Grottestraße statt.

Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Berlin, Neustadtstr. 37-8

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Kollegen!

Otto Will, Müllerschneider, geb. 27. 4. 74, gefallen am 3. Oktober 1918 im Westen.

Kurt Schulze, Wäschereischneider, geb. 1. 2. 84, gefallen am 3. Juni 1918 im Osten.

August Schoroner, Herrenmüllerschneider, geb. 5. 11. 91, gefallen am 5. August 1918 im Westen.

Josef Karolczak, Herrenmüllerschneider, geb. 27. 1. 81, gefallen am 31. Mai 1918 im Westen.

Willy Hammer, Herrenmüllerschneider, geb. 4. 6. 1891, gestorben am 21. Dezember 1918 im Lazarett.

Oskar Meyer, Herrenkonfektionsschneider, geb. 9. 7. 93, gestorben am 12. Juli 1918 im Lazarett.

Paul Stolz, Krautwasmenschneider, geb. 12. 7. 71, gestorben am 11. November 1918 im Lazarett.

Verband d. Rupferschmiede Deutschlands, Filiale Berlin

Am 12. Februar 1919 verstarb unser lieber Kollege August Rudnick

im Alter von 61 Jahren, an Blinddarmentzündung. Ihre seltsamen Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Halle des Köpenicker Friedhofes aus statt.

Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute, treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante Bertha Poethgen geb. Pankow

nach 30jähriger Ehe im 67. Lebensjahre am 12. 2. früh 4 1/2 Uhr an Grippe etc. Herzschwäche nach einseitiger Lähmung ums. 11.02.1919 im Alter von 67 Jahren im Krankenhaus St. Hedwig gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr nach dem Krematorium, Grottestraße statt.

Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute, treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante Bertha Poethgen geb. Pankow

nach 30jähriger Ehe im 67. Lebensjahre am 12. 2. früh 4 1/2 Uhr an Grippe etc. Herzschwäche nach einseitiger Lähmung ums. 11.02.1919 im Alter von 67 Jahren im Krankenhaus St. Hedwig gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr nach dem Krematorium, Grottestraße statt.

Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute, treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante Bertha Poethgen geb. Pankow

nach 30jähriger Ehe im 67. Lebensjahre am 12. 2. früh 4 1/2 Uhr an Grippe etc. Herzschwäche nach einseitiger Lähmung ums. 11.02.1919 im Alter von 67 Jahren im Krankenhaus St. Hedwig gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr nach dem Krematorium, Grottestraße statt.

Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute, treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante Bertha Poethgen geb. Pankow

nach 30jähriger Ehe im 67. Lebensjahre am 12. 2. früh 4 1/2 Uhr an Grippe etc. Herzschwäche nach einseitiger Lähmung ums. 11.02.1919 im Alter von 67 Jahren im Krankenhaus St. Hedwig gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr nach dem Krematorium, Grottestraße statt.

Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute, treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante Bertha Poethgen geb. Pankow

nach 30jähriger Ehe im 67. Lebensjahre am 12. 2. früh 4 1/2 Uhr an Grippe etc. Herzschwäche nach einseitiger Lähmung ums. 11.02.1919 im Alter von 67 Jahren im Krankenhaus St. Hedwig gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr nach dem Krematorium, Grottestraße statt.

Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Allen Verwandten, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzensgute, treuherzige Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante Bertha Poethgen geb. Pankow

nach 30jähriger Ehe im 67. Lebensjahre am 12. 2. früh 4 1/2 Uhr an Grippe etc. Herzschwäche nach einseitiger Lähmung ums. 11.02.1919 im Alter von 67 Jahren im Krankenhaus St. Hedwig gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr nach dem Krematorium, Grottestraße statt.

Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Zentralverband d. Film- u. Kino-Angehörigen Deutschlands.

Berufsgruppe 'Christliche Arbeiter'. Wir machen darauf aufmerksam, daß zu der

am Montag, den 17. Februar 1919, 6 Uhr nachmittags, im Hotel Engelhof, Königsgraben Str. 112 stattfindenden Versammlung der Berufsgruppe 'Christliche Arbeiter', nur Film-Kassierer, Film-Kuloren, Ag-Dramaturgen und in der Filmindustrie tätige Innen-Architekten (händlerische Betriebe) Zutritt haben.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Vermählung Berlin. Tel. Reichstr. 10023, 2578. Bureau Berlin, Rungestr. 30.

Mitglieder-Versammlungen.

Montag, den 17. Februar

Mitglieder, Bezirk Südwesten und Westen. Abends 7 Uhr, bei Klein, Hohenstraße 29. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Verhandlungsangelegenheiten.

Mitglieder, Bezirk Südliche Vororte. Abends 8 bis 9 Uhr, finden in folgenden Lokalen die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung statt: Kob. Röh. Lindenbergl., Friedrich-Karl-Str. 34; Gustav Gieseler, Lindenbergl., Köllnische Dorfstraße 110.

Verbandsbuch legitimiert. Stimmgeld mit Eingang schafflich.

Mitglieder, Bezirk Norden, Rosenhofer- und Schönehauser Vorstadt. Abends 8 1/2 Uhr bei Büttner, Schneider Str. 33. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Mitglieder, Bezirk Mitte. Abends 8 bis 9 1/2 Uhr, finden bei Bräuke, Weidenweg 24, die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung statt.

Mitglieder und Treppengeländer-Beruf. Abends 8 1/2 Uhr im Verbandsbureau, Rungestr. 30 (Arbeitslosenlokal). Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Branchengelegenheiten und Verhandlungen.

Mitglieder und Holzschmiedebetriebe. Abends 8 Uhr in den Fortuna-Festsaal, Straußberger Straße 3. Tagesordnung: 1. Ausarbeitung des Kollektiv-Arbeitsvertrages. 2. Verbands- und Branchengelegenheiten.

Dienstag, den 18. Februar

Mitglieder, Bezirke Süden und Südosten. Abends 6 Uhr im Reichenderger Hof, Reichenderger Straße 147. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Wahl der Kommission. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Anträge zur Verhandlung. 5. Aufstellung von Kandidaten für die Delegierten zum Verbandsbuch.

Mitglieder, Bezirk I. Abends 6 1/2 Uhr bei Büttner, Genslerstr. 66. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Zu dieser Versammlung sind auch alle im Bezirk wohnenden arbeitslosen Kollegen eingeladen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Mitglieder und Kontertschler. Abends 6 1/2 Uhr im Englischen Hof, Algenstraße 27c. Tagesordnung: 1. Bericht des Kollegen Reich über Arbeitslosigkeit und Erwerbslosenunterstützung. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verbands- und Branchengelegenheiten. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Mitglieder. Abends 7 Uhr bei Greise, Rungestr. 30.

Mitglieder. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal III. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Ermittelung der Zentral-Kommission. 2. Branchengelegenheiten. Die Kollegen der Firma Starck, Wilhelmstraße, sind hierzu besonders eingeladen.

Mitglieder. Abends 7 1/2 Uhr im Verbandsbureau, Rungestr. 30 (Arbeitslosenlokal). Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Branchengelegenheiten.

Mitglieder. Abends 7 Uhr im Verbandsbureau, Rungestr. 30. Tagesordnung: 1. Der bevorstehende Verbandstag in Potsdam. 2. Branchengelegenheiten.

Mittwoch, den 19. Februar

Mitglieder, Bezirk Köpenick, Wedding und Gesundbrunnen. Abends 5 1/2 Uhr bei Erbel, Grottestr. 71. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 2. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandsbuch. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mitglieder, Bezirk Neukölln. Abends 5 Uhr im Ideal-Palast, Weichselstr. 8. Tagesordnung: 1. Anträge an die Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Mitglieder, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Böhler, Weichselstr. 17. Versammlung der Kontrollkommission und der Ortsverwaltung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Anträgen für die zum 10. März nach Neukölln einberufene Gewerkschaft. 2. Wahl der Delegierten zur Gewerkschaft.

Mitglieder, den 7. März, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Kundgebende Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge zum Verbandsbuch. 2. Aufstellung der Kandidatenliste für die Delegierten zum Verbandsbuch. Vorschläge für die Kandidatenliste sind bei den Oblieten oder im Bureau abzugeben. Die Wahl der Verbandsdelegierten erfolgt durch Abstimmung am 17. März. Anträge zum Verbandsbuch müssen bis 2. März im Verbandsbureau eingereicht werden.

Die Ortsverwaltung.